

Der frühere brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck (68) engagiert sich nach wie vor in zahlreichen gesellschaftlichen Funktionen. Als Vorsitzender des „Deutsch-Russischen Forums“ – eine ehrenamtliche Aufgabe, die er ausgerechnet im Jahr 2014 übernahm, als Russland die Krim annektierte –, setzt er sich trotz aller Schwierigkeiten für die Verständigung beider Länder ein und wird dafür nicht selten als „Russlandverstehler“ kritisiert.

Herr Platzeck, seit Wochen heißt es, Russland bereite einen Einmarsch in die Ukraine vor. Moskau dagegen erklärt, man fühle sich von der Nato bedroht. Wie ist Ihre Einschätzung der Lage?

Die Lage ist kompliziert und spannungsvoll. In den letzten Monaten hat sich ein Prozess zugespitzt, der schon über viele, viele Jahre andauert. Man kann ihn bis zum Beginn der 2000er-Jahre zurückverfolgen. Im Jahr 2001 hatte der noch heute amtierende russische Präsident in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag eigentlich nur einen einzigen Wunsch geäußert. Er lautete: Schafft mit uns gemeinsam eine neue europäische Sicherheitsarchitektur auf Augenhöhe! Diese Rede, die Putin damals auf Deutsch hielt, wurde von allen Fraktionen des Bundestags mit stehenden Ovationen beklatscht. Sein Wunsch aber wurde nie bearbeitet. 2007 hat er den gleichen Wunsch allerdings in schon nicht mehr so freundlichem Ton auf der Münchener Sicherheitskonferenz erneuert. Im Sinne von: Wenn wir gut in Europa miteinander auskommen wollen, brauchen wir dringend diese Sicherheitsarchitektur.

Die Entwicklung ist anders verlaufen. Sogar die Gefahr, dass es zu einem heißen militärischen Konflikt kommt, ist gegeben. Deswegen schließe ich mich inhaltlich auch einem Appell an, in dem vor wenigen Tagen 27 ehemalige deutsche Botschafter, Generäle, Generalinspektoren der Bundeswehr und Wissenschaftler deutlich gefordert haben, dass diese Eskalationsspirale mit Russland dringend durchbrochen werden muss. Wir müssen zu sehr, sehr nüchternen Realpolitik zurückkehren.

Sie haben die Reden von Putin von 2001 und 2007 erwähnt. Viele Politiker aus dem Westen würden die Chronologie so fortsetzen: 2014 hat sich Putin dann gewaltsam die Krim geholt und den Krieg in der Ostukraine begonnen, der bis heute anhält.

Das alles hängt doch auf der langen Zeitlinie miteinander zusammen. 2014 hat etwas mit den nicht erfüllten Wünschen von 2001 und 2007 zum Thema Sicherheitsarchitektur zu tun. Amerikanische Fregatten in Sewastopol auf der Krim sind für Russen nun einmal ein No-Go. Wir im Westen geben uns allerdings nur ganz selten die Mühe zu verstehen, warum die Russen die Welt anders sehen, als wir.

Gibt es etwas, was Ihnen Hoffnung macht?

Hoffnung macht, dass Unterhändler der USA und Russland am 10. Januar zu Verhandlungen zusammenkommen wollen, in denen es sowohl um die Situation rings um die Ukraine gehen soll, wie auch um die Wiederaufnahme von Gesprächen über Atomwaffen und Abrüstung.

Außerdem soll es am 12. Januar endlich wieder eine Tagung des Nato-Russland-Rates geben und schon einen Tag später Gespräche im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Das alles hat wohl auch die deutsche Botschafterin in der Ukraine zu der Feststellung geführt, dass sie im Moment keine Gefahr für einen russischen Angriff sieht.

Dafür spricht auch, dass in Russland jetzt erstmal Ferien von Silvester bis zur orthodoxen Weihnacht am 7. Januar anstehen.

Ich glaube sowieso, dass die ganzen Truppenbewegungen vor allem der Untermauerung der Forderung nach mehr Sicherheitsgarantien dienen. Der russische Außenminister Lawrow hat gesagt, Joe Biden und Wladimir Putin hätten ein Gespräch „unter erwachsenen Politikern“ geführt, soll wohl heißen, die Sicht des jeweils anderen ist einbezogen worden. Die Russen haben den Amerikanern bereits ihre Wünsche übermittelt, wie sie sich die Welt in den kommenden Jahren vorstellen.

Die neue deutsche Außenministerin, Annalena Baerbock, hat dazu gesagt: Es sei gut, dass diese Gespräche stattfinden. Aber die russischen Wünsche, zu denen unter anderem eine schriftliche Vereinbarung gehört, dass die Ukraine und Georgien niemals der Nato angehören werden, könnten keine Gesprächsgrundlage sein.

Ich glaube, die russische Vorstellung ist nicht – wie oft unterstellt wird – die Welt



Interview Der Vorsitzende des „Deutsch-Russischen Forums“, Matthias Platzeck, hält den Frieden in Europa für stark gefährdet. Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident sieht aber Möglichkeiten, wie der Westen wieder zu einem Dialog mit der Moskauer Führung finden könnte. *Von Dietrich Schröder*

in neue Einflusszonen aufzuteilen. Wenn aber die Russen sagen, wir wollen keine neuen Nato-Offensivwaffen an unserer Grenze zur Ukraine haben, dann will ich nur mal an die Kuba-Krise von 1962 erinnern, als die Russen Offensivwaffen in Kuba aufstellten und John F. Kennedy gesagt hat: Wenn das passiert, gibt es Krieg. Man darf auch nicht ganz vergessen, dass die Nato in diesem Sommer mit Tausenden Soldaten eines ihrer größten Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges in westlichen Nachbarländern von Russland durchgeführt hat.

Aus russischer Sicht geht man nun einmal von einer gefühlten Bedrohung aus, auch wenn das vielleicht viele im Westen nicht nachvollziehen können. Ich habe aber den Eindruck, dass Joe Biden das in seinem kürzlichen Video-Gespräch mit Putin verstanden hat.

Was erhoffen sich die Russen von den Gesprächen im Januar?

Dass solche Gespräche nicht zur Erfüllung von Maximalforderungen führen, wissen die Russen selbst. Ein Konzept, für das ich mich ja auch bereits seit Jahren ausspreche, wäre die Schaffung einer neuen Sicherheitskonstruktion, letztlich eine neue Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit wie seinerzeit 1975 in Helsinki, allerdings unter völlig anderen Bedingungen. Ein solches Vorhaben wird natürlich einige Jahre brauchen. Und für die Zeit bis dahin könnte man jede Nato-Erweiterung ja tatsächlich erst einmal ausschließen.

Zu einer solchen Konstruktion gehörte auch, dass man viele der Rüstungskontroll- und Abrüstungsverträge, die in den vergangenen Jahrzehnten Stück für Stück ausgehöhlt beziehungsweise beendet wurden, neu besprechen müsste, damit die Welt nicht wieder in eine neue Wettbewerbspirale kommt. Das heißt, eigentlich hat sie ja schon begonnen. Und weil sich auch die wirtschaftlichen Sanktionen der vergangenen Jahre nicht als wirkungsvoll erwiesen haben, sollten auch hier neue Ansätze gefunden werden – wir brauchen wieder deutlich mehr wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Was wäre denn aus Ihrer Sicht ein realistisches Angebot der Nato an Russland?

Ich könnte mir vorstellen, dass man über das Thema „Keine Offensivwaffen in der Nähe der russischen Grenze“ reden kann. Ich könnte mir auch vorstellen, dass man den Konflikt in der Ostukraine vernünftig regeln könnte, wenn man die Frage der Krim zunächst einmal ausklammern würde.

Es geht letzten Endes darum, dass der Frieden auf unserem Kontinent in Gefahr ist, und darum, dass wir diese Gefahr bändigen.

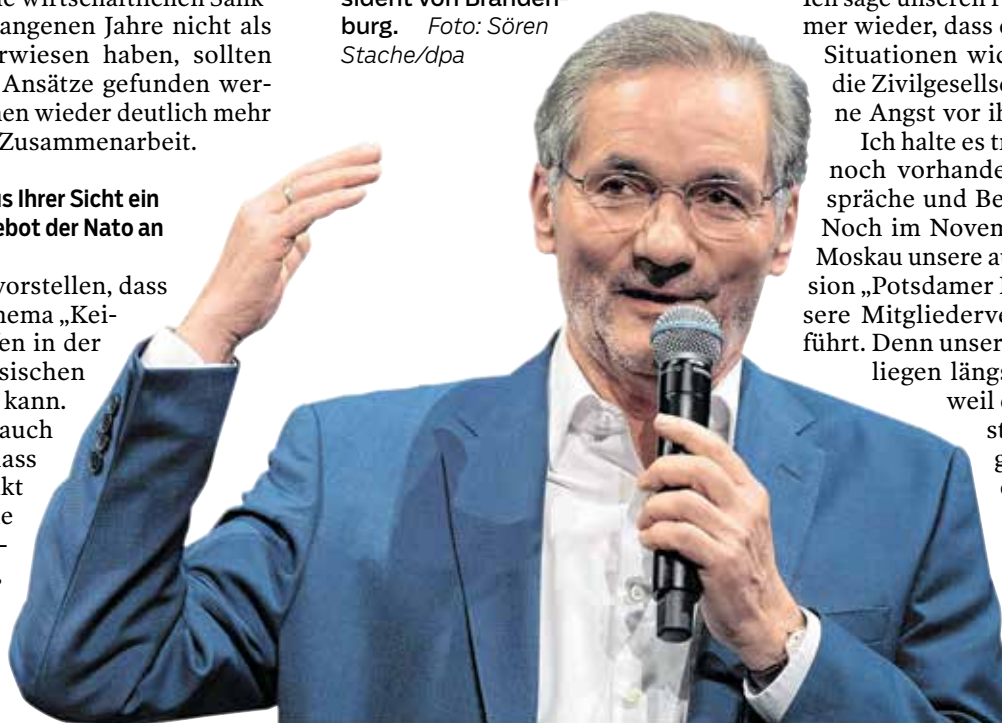
Die Abrüstungsverträge mit der Sowjetunion in den 1980er-Jahren sind auch deswegen zustande gekommen, weil beide Seiten in der Lage waren, sich gegenseitig zu vernichten. Halten Sie es für denkbar, dass manche Politiker im Westen heute denken: Die Russen sind nicht mehr so mächtig, die können wir noch etwas unter Druck setzen?

Zumindest gibt es für solch eine Annahme einen Beleg, den Barack Obama ausgesprochen hat, als er Russland als „lediglich eine Regionalmacht“ bezeichnete. Diese Bemerkung hat seinerzeit in Russland heftige Reaktionen ausgelöst. Ich kann nur allen raten, nicht zu vergessen, dass Russland bei allen Schwächen, die es hat, immer noch die zweitgrößte Atommacht und das größte Land der Welt ist. Die russische Führung hat in letzter Zeit auch ziemlich deutlich gemacht, dass sie nicht einfach bereit ist, sich in eine Nische zurückzuziehen.

Manche deutschen Politiker sind der Meinung, dass man Nord Stream 2 als politisches Druckmittel gegenüber Moskau einsetzen sollte. Was halten Sie davon?

„Wir müssen zu einer sehr, sehr nüchternen Realpolitik zurückkehren, um die Eskalationsspirale zu durchbrechen.“

Engagiert sich stark für ein besseres Verständnis zwischen Russen und Deutschen: Matthias Platzeck, der frühere Ministerpräsident von Brandenburg. *Foto: Sören Stache/dpa*



Vorbereitung auf das Weihnachtsfest: In Russland steht Weihnachten erst am 7. Januar auf dem Kalender der orthodoxen Kirche. Menschen, die als Ded Moroz (Großväterchen Frost) verkleidet sind, nahmen aber schon an einem Weihnachtslauf in Sankt Petersburg teil.

Foto: Dmitri Lovetsky/dpa

russophob, und in Russland wird die Stimmung auch antiwestlicher.

Welchen Einfluss haben Sie und das Deutsch-Russische Forum überhaupt noch im Kreml?

Wir sind eine zivilgesellschaftliche Organisation und wollen zeigen, was Bürgerdialog und -austausch für Verständigung und Abbau von Spannungen leisten können. Friedenspolitik beginnt im Alltag unserer Länder. So haben wir in den wenigen Monaten, in denen man das in diesem Jahr aufgrund von Corona machen konnte, mehrere große Zusammenkünfte mit Bürgerpräsenz in Russland organisiert. Zum Beispiel eine Städtepartnerschafts-Konferenz in Kaluga, ein großes Alumni-Treffen von Hochschulabsolventen in Jekaterinburg, die bereits erwähnten „Potsdamer Begegnungen“ in Moskau, die unter Schirmherrschaft der beiden Außenminister standen, und andere Veranstaltungen. Das sind vielfältige Netzwerke für ein Stück mehr Kenntnis und Verständnis übereinander.

Was erwarten Sie von Ihrem SPD-Parteikollegen und Bundeskanzler Olaf Scholz in Bezug auf das Verhältnis zu Moskau?

Ich wünsche mir einfach einen klaren, nüchternen und realistischen Blick auf die Verhältnisse. Aber dafür ist unser neuer Bundeskanzler ja ohnehin bekannt. Man würde sich den russischen Partner an manchen Stellen anders wünschen, das ist überhaupt keine Frage. Aber das hilft uns nicht weiter. Ich lasse mich von einer Feststellung von Egon Bahr leiten, die dieser bei seiner letzten Reise zu Michail Gorbatschow gemacht hat, an der auch ich teilnahm. Bahr sagte damals: „Dieser große Nachbar liegt nun einmal unverrückbar auf unserem Kontinent.“ Und die Europäische Union und Russland brauchen einander in vielen Fragen.

Selbst wenn wir nach der Energiewende mal nicht mehr so viel russisches Öl und Gas benötigen, geht es vielleicht um seltene Erden, seltene Metalle und vieles andere. Übrigens sind die Schweißnähte von Nord Stream 2 so dicht, dass man durch diese Leitung auch Wasserstoff transportieren kann. Auch in Klimafragen können wir neue Ansätze der Kooperation finden.

Wer so viel Sympathie für die russische Seele hat wie Sie, dürfte auch nicht gegen die ukrainische Seele sein. Wie empfinden Sie den Hass, der sich zwischen diesen beiden Völkern entwickelt hat? Manche im Westen sagen ja: Der Kreml habe Angst davor, dass sich das russische Volk die demokratischere und pluralistischere Entwicklung der ukrainischen Gesellschaft zum Vorbild nehmen könnte?

Wahrscheinlich gibt es im Kreml bei einigen Akteuren tatsächlich solche Ängste. Aber auch die russische Administration ist nicht so ein monolithischer Block, wie mancher sich das vielleicht vorstellt.

Aber zu Ihrer ersten Frage: Einer meiner guten Freunde ist ein jüdischer Ukrainer aus Czernowitz, dessen Familie zum Teil in Moskau und zum Teil in der Ukraine lebt. Mit ihm diskutieren wir jedes Mal all diese Fragen und ich spüre, wie das zerrüttete Verhältnis dieser Völker selbst Familien spaltet. Ich wünsche mir, dass man von beiden Seiten wieder stärker zusammenfindet. Es ist jedoch so, wie bei vielen anderen Konflikten auf dieser Welt auch: Wenn man davon ausgeht, dass nur eine Seite Schuld hat, ist man auf dem Holzweg.

Es ist auch nicht gerade einfach, für Russland Verständnis aufzubringen, wenn – wie in dieser Woche – die Menschenrechtsorganisation „Memorial“ verboten wird, die stalinistischen Verbrechen in der Sowjetunion aufgearbeitet hat.

Ich finde diese Entscheidung komplett falsch und bin nicht nur traurig, sondern wütend darüber. Das erschwert alle Versuche, im vernünftigen Dialog zu bleiben und miteinander Lösungen zu finden. Politische Spannungen dürfen nicht den zivilgesellschaftlichen Dialog einschränken. Die Menschen in beiden Ländern sind das wichtigste Unterpfand für ein gemeinsames, friedliches Europa. Memorial steht gerade für eine solche Arbeit mit hoher symbolischer Kraft.

Trotz allem hoffe ich, dass es mit Beginn des nächsten Jahres neue Gesprächsansätze im Verhältnis zu Russland geben wird.